

Datum

9. Mai 2015

ZdK verabschiedet Erklärung zu Prostitution und Menschenwürde

Zur aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte um Prostitution hat die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) am Samstag, dem 9. Mai, in Würzburg den vom Sozialdienst katholischer Frauen (SkF), dem Deutschen Caritasverband, der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) und dem Katholischen Deutschen Frauenbund (KDFB) gestellten Antrag "Prostitution - eine Frage der Menschenwürde" angenommen. Das ZdK unterstützt damit die Bundesregierung in ihrem Vorhaben und fordert den Deutschen Bundestag als Gesetzgeber auf, bessere Regelungen zur Ausübung der Prostitution zu erlassen.

Für legal in der Prostitution tätige Frauen und Männern "müssen die gesetzlichen Regelungen den bestmöglichen Schutz gewähren, psychosoziale Beratung und Ausstiegshilfen bieten", so die Erklärung. Darüber hinaus fordert das ZdK, entschieden gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution vorzugehen und die Verantwortlichen wirksam zu belangen.

Wörtlich heißt es in der Erklärung: "Unser besonderes Augenmerk gilt Mädchen und Frauen, Jungen und Männern, die besonderer Not, Gefahren und Zwangslagen ausgesetzt sind. Alle Hilfen müssen in grundlegender Wertschätzung gegenüber jedem Menschen, in der Anerkennung der persönlichen Lebenslage, und ohne Stigmatisierungen von Prostituierten erfolgen."

Das ZdK verpflichtet sich, sich auch nach Abschluss des Gesetzgebungsprozesses mit dem Themenkomplex 'Prostitution' auseinanderzusetzen, die gesellschaftliche Wahrnehmung zu schärfen und insbesondere die Rolle der Käufer sexueller Dienste dabei kritisch in den Blick zu nehmen. Hierbei betont das ZdK: "Nach unserem christlichen Menschenbild, greifen Nachfrage und Angebot sexueller Dienstleistungen die Menschenwürde an und führen nicht zu einem erfüllten Lebensentwurf."